

Auftragsbekanntmachung

Öffentliche Ausschreibung nach UVgO

Liefer- / Dienstleistungsauftrag

1. Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

a) Hauptauftraggeber (zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle)

Name: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland

Straße, Hausnummer: Willy-Brandt-Allee 14

Postleitzahl (PLZ): 53113

Ort: Bonn

Telefon: +49 228 9165345

Telefax: +49 228 9165287

E-Mail: vergabe@hdg.de

Internet-Adresse: <http://www.hdg.de>

b) Zuschlag erteilende Stelle

Wie Hauptauftraggeber siehe a)

2. Angaben zum Verfahren

a) Verfahrensart

Öffentliche Ausschreibung nach UVgO

b) Vertragsart

Liefer- / Dienstleistungsauftrag

c) Geschäftszeichen

HdG 1/2019

3. Angaben zu Angeboten

a) Form der Angebote

- elektronisch
 - ohne elektronische Signatur (Textform)
 - mit fortgeschrittener elektronischer Signatur / fortgeschrittenem elektronischen Siegel
 - mit qualifizierter elektronischer Signatur / qualifiziertem elektronischen Siegel
- nicht elektronisch
 - auf dem Postweg

Zuständige Stelle

Hauptauftraggeber siehe 1.a)

b) Fristen

Ablauf der Angebotsfrist

30.01.2019 - 23:59 Uhr

Ablauf der Bindefrist

13.02.2019

4. Angaben zu Vergabeunterlagen

a) Vertraulichkeit

Die Vergabeunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=233250>

b) Zugriff auf die Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt

c) Zuständige Stelle

Hauptauftraggeber siehe 1.a)

d) Anforderungsfrist

30.01.2019 - 23:59 Uhr

5. Angaben zur Leistung

a) Art und Umfang der Leistung

Die Stiftung beabsichtigt, einen Rahmenvertrag über Arbeitnehmerüberlassung mit einer Laufzeit von drei Jahren zur Unterstützung von Fahrer, Poststelle und Hausmeister abzuschließen.

b) CPV-Codes

Hauptteil (1):

Überlassung von Personal einschließlich Zeitarbeitskräfte (79620000-6)

c) Ort der Leistungserbringung

53113 Bonn

7. Zulassung von Nebenangeboten

Nein

8. Bestimmungen über die Ausführungsfrist

1. April 2019 bis 30. März 2022

10. Wesentliche Zahlungsbedingungen

Abschlags- und Schlusszahlungen im Rahmen der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil B (VOL/B)

11. Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen

a) Nachweise

- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes und der Krankenkassen zur Erklärung über die Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung.
- Nachweis der Leistungsfähigkeit des Unternehmens in Form von mindestens 3 Referenzen (davon mindestens eine aus einem Museum mit mindestens 1.500 Quadratmetern Ausstellungsfläche oder aus dem Ausstellungs- oder Veranstaltungsbereich) mit Angabe von Referenzobjekt, Ausführungsort, Anschrift, Auftraggeber, Leistungsumfang und Ansprechpartner mit Telefonnummer. Die angegebenen Referenzen müssen mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sein.
- VdS - Zertifikation (oder Bescheinigung eines vergleichbaren Institutes) über die Anerkennung von Qualitätsmanagementsystemen nach DIN EN ISO 9001 oder staatl. anerkannter vergleichbarer Zertifizierung.
- Aktueller Auszug aus dem Gewerbezentralregister der sich bewerbenden Firma (nicht älter als 6 Monate). Dieser darf keine die Zuverlässigkeit des Bewerbers in Frage stellenden Eintragungen enthalten (§ 150 GewO).
- Nachweis der unbefristeten Erlaubnis der zuständigen Behörde zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung gemäß § 2 V Arbeitnehmerüberlassungsgesetz.
- Nachweis der Qualifikation des angebotenen Personals. Für die für den Einsatz angebotene Person ist ein ausführliches Qualifikationsprofil beizufügen.

b) Eigenerklärungen

- Erklärung gem. gemäß § 35 UVgO;
- Eigenerklärung des Bieters über tarifgerechte Entgeltzahlung.
- Eigenerklärung über den ggf. geplanten Einsatz von Nachunternehmern und Vorlage von Verpflichtungserklärungen dieser Nachunternehmer (Nachunternehmer müssen ebenfalls die o.a. Mindestanforderungen erfüllen und haben diese vor Auftragserteilung nachzuweisen).
- Eigenerklärung über das Vorhandensein einer täglich zwischen 7.00 und 19.00 Uhr besetzten Niederlassung, um mit Übernahme der Aufgaben Reaktionszeiten von max. 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr zu ermöglichen.
- Einwilligung zur Datenverarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO.
- Eigenerklärung über das Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung für Facility Management-Unternehmen, das heißt Versicherungsschutz für Dienstleistungen im infrastrukturellen Facility Management (z.B. Reinigungs- und Pflegedienste, Sicherheit, Empfangsdienst, Hausmeisterdienst, Gartenbau und Winterdienst etc.) mit mindestens nachfolgenden Deckungselementen:
 - Deckung für vertragliche Haftung
 - erweiterter Strafrechtsschutz
 - Schlüsselschäden inkl. Objektschutz
 - Schäden an Gerätschaften Dritter
 - Schäden durch Medienverluste
 - Umweltregressdeckung
 - branchenspezifische, offene Vermögensschadensdeckung für alle ausgeübten Facility-Management-Tätigkeiten.Dabei sind Mindestdeckungssummen in Höhe von mindestens 1,5 Mio. Euro für Personenschäden (je Person), 1 Mio. Euro Sachschäden, 250.000 Euro Schlüsselverlust, 250.000 Euro Vermögensschäden sowie Schäden gemäß Bundesdatenschutzgesetz nachzuweisen. Alternativ kann auch eine Verpflichtungserklärung vorgelegt werden im Zuschlagsfalle eine entsprechende Haftpflichtversicherung für Facility-Management-Unternehmen abzuschließen.

12. Zuschlagskriterien

Den Zuschlag erhält das wirtschaftlichste Angebot. Einziges Wertungskriterium ist der Preis.